

XIX. Finanzen und Steuern

Vorbemerkung

A. Finanzwirtschaft von Bund, Ländern und Gemeinden

In diesem Abschnitt werden finanzstatistische Daten (einschließlich Personalstand und Schulden) von Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden dargestellt. Einnahmen, Ausgaben und Schulden von kommunalen Zweckverbänden sind nur insoweit in den hier aufgeführten Zahlen eingeschlossen, als die Zweckverbandsrechnung in der Haushaltsrechnung einer Mitgliedsgemeinde enthalten ist.

Die im Abschnitt A dargestellten Ergebnisse basieren teils auf Haushaltsansatzzahlen (vgl. Tabelle 1), teils auf Abschlüssen der Jahresrechnungen (vgl. Tabelle 2) oder auf monatlichen bzw. vierteljährlichen Ergebnissen (Kassenzahlen) sowie auf Stichtagerhebungen. Die **Haushaltsansätze** zeigen die auf Grund der bewilligten Haushaltspläne festgestellten Einnahmen und Ausgaben der staatlichen und kommunalen Gebietskörperschaften (mit Ausnahme der Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern). Dagegen stützen sich die **Rechnungszahlen** auf die in einem Jahre tatsächlich angefallenen Einnahmen und Ausgaben. Sie schließen teilweise auch die Abwicklung von Finanzvorfällen ein, die innerhalb einer bestimmten »Auslauperiode« nach Ablauf des jeweiligen Rechnungsjahres zu kassenmäßigen Einnahmen oder Ausgaben führen. Die monatlichen bzw. vierteljährlichen Ergebnisse (vgl. Tabelle 6) umfassen ausschließlich die in dem betr. Zeitraum kassenmäßig vereinnahmten und verausgabten Zahlungen, schließen also — im Gegensatz zu den Rechnungszahlen — keine nachträglich »zugerechneten« Beträge ein.

In der zusammenfassenden Darstellung der Rechnungszahlen von Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Ländern und Gemeinden (Gv.) werden Versorgungsbezüge, Schuldendienst (Zinsen und Tilgung) Schuldenaufnahmen und Rücklagenbewegung zentral, also nicht mehr bei den einzelnen Aufgabenbereichen nachgewiesen.

Für die Berechnung der Nettoausgaben einzelner Aufgabenbereiche werden jedoch die Schuldenaufnahmen von Gebietskörperschaften — soweit an Hand der Erhebungsunterlagen möglich — berücksichtigt (vgl. Tabelle 3).

In Tabelle 3 werden die Ausgaben der einzelnen Verwaltungsebenen in der ab 1963 maßgeblichen Gliederung der Aufgabenbereiche dargestellt. Die Abgrenzung der als Vergleichszahlen für 1962 nachgewiesenen Ausgaben konnte aber nicht in allen Fällen völlig an den teilweise veränderten Inhalt der einzelnen Aufgabenbereiche angepaßt werden.

Die **Schulden** von Bund, Ländern und Gemeinden werden jährlich mit dem Stichtag vom 31. Dezember nachgewiesen (vgl. Tabelle 7). Die in der Tabelle gleichzeitig aufgeführten Bürgschaften stellen die ursprünglich übernommenen Haftungssummen dar. Unter »innere Verschuldung« wird bei den Gemeinden (Gv.) die darlehensweise Inanspruchnahme von eigenen Rücklagen oder Beständen des allgemeinen Kapitalvermögens u. dgl. ausgewiesen.

Die Daten über den **Personalstand** bei Bund, Ländern und Gemeinden einschließlich deren Wirtschaftsunternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit sowie von Bundesbahn und Bundespost (vgl. Tabelle 8) werden durch jährliche Stichtagerhebungen, jeweils zum 2. Oktober, gewonnen.

Begriffliche Erläuterungen

Rechnungsperiode: Vom 1. Januar 1962 an ist für den Bund, die Länder und Gemeinden (Gv.) das Rechnungsjahr mit dem Kalenderjahr gleichgeschaltet.

Unmittelbare Ausgaben: Summe der Ausgaben ohne Zuweisungen, Darlehen und Tilgungen an Gebietskörperschaften (für die Summe aller Aufgabenbereiche auch abzüglich Erstattungen). Da die Ausgaben in der Darstellungsform der unmittelbaren Ausgaben von der Ausgabenseite her bereinigt sind (Erfüllungsprinzip), zeigen sie, welche Gebietskörperschaft die Aufgaben durchführt, außer in den Fällen, in denen eine Gebietskörperschaft unmittelbar für Rechnung einer anderen Gebietskörperschaft tätig wird (z. B. Kriegsoferversorgung).

Nettoausgaben: Summe der Ausgaben abzüglich Zuweisungen, Schuldenaufnahmen und Darlehensrückflüsse von Gebietskörperschaften (für die Summe aller Aufgabenbereiche auch abzüglich Erstattungen). Da die Ausgaben in der Darstellungsform der Nettoausgaben von der Einnahmeseite her bereinigt sind (Belastungsprinzip), zeigen sie die Lastenverteilung zwischen den Gebietskörperschaften für die verschiedenen Aufgabenbereiche.

Für den Gesamthaushalt geben die Nettoausgaben die Höhe der aus eigenen Einnahmequellen der betreffenden Gebietskörperschaften endgültig zu deckenden bzw. zu finanzierenden Belastung an.

Erstattungen: Verrechnungen zwischen Aufgabenbereichen innerhalb des Haushaltes einer Gebietskörperschaft (innerer Verrechnungsverkehr), z. B. Zahlungen des Fürsorgeamtes an ein Krankenhaus derselben Gebietskörperschaft für die Behandlung eines Fürsorgeempfängers. Für einen Aufgabenbereich sind die Erstattungen echte Einnahmen bzw. Ausgaben, in der Summe sind sie jedoch Doppelzahlungen.

Altschulden: Die bis zum 20. Juni 1948 entstandenen Schulden.

Neuschulden: Die seit dem 21. Juni 1948 aufgenommenen Schulden.

Gesamtverschuldung: Wegen Doppel- oder Mehrfachzahlungen wird die Gesamtverschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden um die Schulden aus Mitteln von Gebietskörperschaften (einschl. LAF und ERP) bereinigt.

B. Finanzen ausgewählter Aufgabenbereiche

In diesem Abschnitt werden die Finanzen ausgewählter Aufgabenbereiche dargestellt. In Tabelle 1 werden dabei die Nettoausgaben zugrunde gelegt (vgl. Vorbemerkung zu A).

C. Einkommen- und Vermögensteuern

Auf Grund einer Koordinierungsvereinbarung des Bundes und der Länder zur Durchführung von Statistiken über die Steuern vom Einkommen für das Jahr 1961 ist je eine Statistik der veranlagten Einkommensteuer, der veranlagten Körperschaftsteuer und der Lohnsteuer durchgeführt worden.

Einkommensteuerstatistik 1961: An Hand von Durchschriften der Einkommensteuerbescheide, die von den Finanzämtern den Statistischen Landesämtern zur Aufbereitung übersandt wurden, sind alle Steuerpflichtigen in der Statistik erfaßt worden, die im Veranlagungszeitraum 1961 zur Einkommensteuer veranlagt wurden. Abweichend von den früheren Einkommensteuerstatistiken sind die Steuerpflichtigen und die für sie nachgewiesenen Merkmale — von einer Tabelle für Vergleichszwecke abgesehen — nicht nach der Höhe des Einkommens sondern nach Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte gegliedert worden, weil dieser Betrag dem ökonomischen Einkommen nähersteht.